Anlage 6

CDU KREISTAGSFRAKTION
RHEINGAU-TAUNUS

Geschäftsstelle
Liebigstraße 12
65307 Bad Schwalbach
Tel. (0 61 24) 725 999, Fax: 725 898
E-Mail: CDU-Fraktion.Rheingau-Taunus@t-online.de

5. August 2020

Herrn
Kreistagsvorsitzenden
Klaus-Peter Willsch
Heimbacher Str.7
65307 Bad Schwalbach

Eingang

Antrag Situation Zulassungsbehörde/Delegationsgemeinden

Sehr geehrter Herr Willsch,
die CDU-Kreistagsfraktion beantragt folgendes:

Der Kreistag möge beschließen:

1. Der Kreisausschuss wird unverzüglich aufgefordert, eine angemessene Lösung für die Situation bei der Zulassungsbehörde zu finden und schnellstmöglich zu handeln.
2. Der Rheingau-Taunus-Kreis wird gebeten zu prüfen, inwieweit bestimmte Aufgaben rund um die Zulassung eines Fahrzeugs an Städte und Gemeinde im Rheingau-Taunus-Kreis delegiert werden können, um somit zu einer generellen Entlastung der Zulassungsbehörde beizutragen und die Bürgerfreundlichkeit weiter zu optimieren.
3. Der Kreisausschuss wird aufgefordert, schnellstmöglich die i-KFZ Anwendungen (internetbasierte Fahrzeugzulassung) bspw. Abmeldungen, Neuzulassungen, Wiederzulassungen, Adressänderungen oder Umschreibungen umzusetzen und den Bürgern anzubieten.

Begründung:

Wer derzeit einen Termin für die Zulassung eines Fahrzeugs vereinbaren möchte, muss sich auf lange Wartezeiten einstellen. Vor allem die aktuellen Zustände montags und mittwochs vor dem Kreishaus sind eine Zumutung für alle Bürgerinnen und Bürger aus dem Kreisgebiet. Die zu diesen Wochentagen ausgegebenen Wartemarken verursachen bereits früh morgens lange Warteschlagen vor dem Kreishaus. Das ist aus zweierlei Sicht mehr als bedenklich. Zum einen ist es bürgerunfreundlich, sich dieser Odyssee auszusetzen, um dann ggf. nicht mal eine Wartemarke für die Zulassungsbehörde zu erhalten. Und zum anderen ist es auch aus Gründen der derzeitigen

Infektionsschutzmaßnahmen bedenklich, wenn sich über Stunden mehrmals die Woche Menschenschlagen vor dem Kreishaus bilden.
Deshalb ist es ausdrücklich notwendig, dass der Kreisausschuss schnellstmöglich eine Lösung für diese Problematik findet. Für eine generelle Entlastung der Zulassungsbehörde und für mehr Bürgerfreundlichkeit ist weiterhin zu prüfen, inwieweit bestimmte Aufgaben rund um die Zulassungsbehörde, bspw. Außerbetriebssetzung eines Fahrzeugs, Wiederzulassung eines Fahrzeugs auf den gleichen Halter, auch an die Städte und Gemeinde vor Ort im Rahmen einer Vereinbarung delegiert werden können.

André Stolz

Vorsitzender der CDU Kreistagsfraktion Rheingau-Taunus